

652.181.1

**Unterausschuss „Datenschutz und Informationsfreiheit“
des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung
47. Sitzung am 13. Oktober 2009**

Vorschläge für Beschlussempfehlungen

Zu TOP 2. a): Informationsfreiheit – Entwicklungen für und gegen mehr Transparenz
hier: Mehr Transparenz bei Lobbyisten

Der Senat wird aufgefordert, entweder nach dem Vorbild der Europäischen Kommission ein sog. Lobbyisten-Register einzurichten oder nach dem Vorbild der Bundesregierung jährlich über den Einsatz externer Personen in der Berliner Verwaltung (sog. Lobbyisten) zu berichten. Dieser Bericht ist allgemein zugänglich zu machen.

Zu TOP 2. b): Informationsfreiheit in Berlin – Allgemeine Entwicklungen
hier: Offenlegung der Vergütungen für Nebenbeschäftigungen

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Pflicht der Senatsmitglieder zur Offenlegung ihrer Vergütungen für Nebenbeschäftigungen auf die Staatssekretäre ausgeweitet werden kann, und ggf. entsprechende Vorschläge für Gesetzesänderungen zu unterbreiten.

Zu TOP 2. c): Informationsfreiheit in Berlin – Allgemeine Entwicklungen
hier: Offenlegung von Verträgen der öffentlichen Hand

Der Senat wird aufgefordert, ein Gesetz vorzubereiten, das die Offenlegung von Verträgen der öffentlichen Hand künftig grundsätzlich gestattet. Ungeachtet dessen wird der Senat aufgefordert, mit einem Schreiben an die öffentlichen Stellen des Landes Berlin darauf hinzuwirken, dass die öffentliche Hand künftig keine pauschale Vereinbarung mit dem Vertragspartner über die Geheimhaltung des gesamten Vertrages schließt.